



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

395 (3.9.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193154](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193154)

Wannheimer General-Anzeiger

Wannheim: In Wannheim u. Umgegend monatlich einm. 1.50 für Bingerlöh u. Einschulungsgeld. 2.70 —. Postgebühr vierteljährlich 2.25 ohne Postgebühren. Orts-Anzeigen 10 Ufg. alle Preise werden mit dem Anzeiger bezahlt. Druckerei: B. W. 17000 Raststraße 1. B. u. Nr. 2017 Bismarckstraße 2. B. —
Verkaufsstellen: In Wannheim: Redaktions-Verkaufsstelle: Bismarckstr. 1. — Fernsprecher Nr. 7940 — 7945.
Verkaufsstelle: Generalanzeiger Wannheim.

Badische neueste Nachrichten

Wannheim: In Wannheim u. Umgegend monatlich einm. 1.50 für Bingerlöh u. Einschulungsgeld. 2.70 —. Postgebühr vierteljährlich 2.25 ohne Postgebühren. Orts-Anzeigen 10 Ufg. alle Preise werden mit dem Anzeiger bezahlt. Druckerei: B. W. 17000 Raststraße 1. B. u. Nr. 2017 Bismarckstraße 2. B. —
Verkaufsstellen: In Wannheim: Redaktions-Verkaufsstelle: Bismarckstr. 1. — Fernsprecher Nr. 7940 — 7945.
Verkaufsstelle: Generalanzeiger Wannheim.

Oberschlesien und die Sühneforderungen.

Der Sitzungsbericht aus dem Auswärtigen Ausschuss, wie er der Öffentlichkeit übergeben ist, ist unvollständig. Das beruht zum überwiegenden Teil auf der beschlossenen Vertraulichkeit und ist insofern berechtigt, als der Stand der Verhandlungen mit auswärtigen Mächten eine öffentliche Behandlung eines Teiles der besprochenen Fragen nicht zuließ. Doch teilen jetzt die Organe der verschiedenen Parteien ergänzend noch manches Wissenswertes mit. So gibt die Nationalliberale Korrespondenz die Rede des Freiherrn von Heinbaben wieder:

Durch die letzten Ereignisse hat sich die allgemeine Lage in Oberschlesien leider sehr zu unseren Ungunsten verändert. Die deutsche Bevölkerung ist in unerhörter Weise terrorisiert und an Leib und Gut geschädigt worden. Die Berichte der ober-schlesischen Klubs, von denen nur ein kleiner Teil durch die Presse bekannt gemacht ist, geben davon ein erschütterndes Bild und genügen vollkommen, um die Erregung der Menge bei der Breslauer Reichstagswahl zu verstehen, und die Behauptungen müssen energisch zurückgewiesen werden, daß dabei irgendwelche „Dinge der Reichspartei“ im Spiel gewesen wäre. Gerade in Breslau wurde durch die sozialdemokratische Presse während in ganz besonders scharfer Weise gegen die bürgerlichen Parteien gehandelt. Wenn der Abgeordnete Scheidemann zur Mäßigung aufforderte, so sollte dort einmal zuerst damit anfangen werden. Es sei ganz falsch, in offiziellen Telegrammen und Artikeln von Entspannung in Oberschlesien zu sprechen, im Gegenteil habe ein unerhörter Spannungszustand fort; eine Volksabstimmung würde unter solchen Verhältnissen zur Farce werden und könnte von der deutschen Regierung und dem deutschen Volk bei Fortdauer der heutigen Verhältnisse niemals als rechtmäßig anerkannt werden. Die Regierung müsse mit aller Klarheit und Schärfe den Grundgedanken vertreten, daß vor der Abstimmung die Freiheit der politischen Meinungsäußerung hergestellt werde, im Zustand, dem wir heute weiter als je entfernt sind. Der polnische durch die französischen Besatzungstruppen geduldet und teilweise direkt begünstigte Terror ginge heute so weit, daß sogar die Transporte der im Reich befindlichen Oberschlesier zur Abstimmung gefährdet werden. Die Womachünen der Parteien mit Korruption seien außerordentlich bedauerlich und befremdend; es müsse geprüffelt werden, ob sie überhaupt als bindend anzuerkennen sind, um so mehr, als Korruption selbst und seine Leute nach den neuesten Nachrichten sich an das Abkommen in keiner Weise hielten. Die Untersuchung aller Verhältnisse durch eine neutrale Behörde sei aus dringenden Gründen zu wünschen, die Tatsache, daß Franzosen und Polen heute bei den Kämpfen gegen Russland Waffenbrüder geworden sind, mache es unmöglich, daß wie bisher französische Besatzungstruppen in Oberschlesien den Ausschlag geben. Nach verbürgten Nachrichten haben die italienischen Besatzungstruppen sich durchaus korrekt benommen, und nicht nur englische Offiziere, sondern auch General Verond selbst haben zugeben müssen, daß Polen gegen die bestehenden Abmachungen und Gesetze verstoßen habe. Das heißt, aber doch nichts anderes, als daß durch polnische Schuld die Grundlagen des Versailler Vertrages bezüglich Oberschlesien erschüttert sind und daß der künftige Zustand, dessen Folgen nach innen und außen man noch gar nicht absehen könne, auch nach französischem und englischem Zeugnis den Polen zur Last fällt. Man muß in diesem Zusammenhang vor allem auch an die schwerwiegenden Folgen denken, die durch den vergrößerten bzw. gesperrten ober-schlesischen Kohletransport eintreten werden. Die Ausführung des Abkommens von Spa erscheint schon heute aufs äußerste gefährdet. Unter Bezugnahme auf das bekannte Protokoll bezüglich Aufhebung ober-schlesischer Kohlenlieferungen als Ersatz für über-große Lieferungen von Ruhrkohle an Frankreich müsse angeführt werden, daß entsprechende Mittelung gemacht werden.

Ferner muß das Reich in ganz anderer Weise wie bisher finanzielle Mittel bereitstellen zur Unterstützung der ober-schlesischen Flüchtlinge; die nach bisherigen Nachrichten in unständlicher Weise gesessenen Unterstützungen genügen keineswegs, tragen vielmehr zur Verschärfung der deutschen ober-schlesischen Bevölkerung bei, die sich vom Reich verlassen fühlt. Bei der Auswahl der in der letzten schweren Zeit und in der Vorbereitung zur Abstimmung tätigen Persönlichkeiten müsse die größte Sorgfalt beachtet und diejenigen müssen abberufen werden, die den Anforderungen nicht voll entsprechen. Ganz besonders wichtig sei es, den auch vom Reichsminister des Auswärtigen erwähnten ober-schlesischen Wünschen bezüglich polnischer Selbstständigkeit in der Verwaltung ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken und die weitere Klärung dieser Frage zwischen Preußen und dem Reich nicht länger hinauszuschieben. Im ganzen könne die ober-schlesische Frage, die natürlich auch in höchstem Maße von den weiteren Ereignissen im Osten bestimmt werden wird, gar nicht ernst genug genommen werden und unser Interesse am Schicksale unserer ober-schlesischen Volksgenossen gar nicht groß genug sein.

Aus der Besprechung über die Breslauer Vorgänge, die mit Recht im übrigen als vertraulich behandelt wird, ist in der Veröffentlichung die Äußerung des Abg. Scheidemann wiedergegeben worden, es müsse die Frage gestellt werden, ob die in Breslau selbst aufgestellte Behauptung, daß die Ausschreitungen auf nationalsozialistischer und antisemitischer Hege beruht hätten, richtig sei. Da glaubt die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei auch die von dem Redner der Deutschnationalen gegebene Antwort nicht verschweigen zu sollen:

Die Erregung über die Vorgänge in Oberschlesien, die sich in Breslau und anderwärts kundgeben, wurde von ihm als nur zu begründet und als ein Verdienst gekennzeichnet, an dem die Bevölkerung aus allen Parteien sei weit in die Sozialdemokraten hinein Anteil gehabt hat, ein erfreuliches Zeichen von erwachender vaterländischer Einigkeit. Um so wichtiger sei es, sich auf Grund unermesslicher Behauptungen darüber zu streiten, welche Partei die Schuld an den bedauerlichen Ausschreitungen trage, zu denen sich die Menge bei den Plünderungen der Konsulate habe hinreißen lassen. Diese Schuld sei, soweit sie auf einem unbefonnenen Uebermaß der vaterländischen Erregung beruhe, gemeinsam. Daß an ihr Deutschnationale oder antisemitische Redner einen überwiegenden Anteil hätten, müsse bestritten werden. Es sei durchaus nicht unwahrscheinlich, daß der Ruf: „Wo ist das polnische Konsulat?“ von betrübten deutsch-feindlichen Agenten in die Menge gemorren sei, um den für Deutschland schädlichen Vorfall herbeizuführen. Neben dem deutschen Völkchen sei in der Menge, die vor dem Konsulat gezogen worden, auch Breslauer Berichten das Lied der Internationalen gesungen worden. An den Plünderungen sei zweifellos parteiloses Mob beteiligt gewesen. Die Art, wie alldeutsche und antisemitische Elemente grundlos beschuldigt würden, könne die Lage Deutschlands und seiner Regierung bei den Sühneverhandlungen nur erschweren. Bei der Besprechung der Vorgänge in Oberschlesien wurden von dem Redner der Rechte die Versäumnisse der Regierung kritisiert und gefragt, warum sie in dem doch immer noch zu Deutschland gehörenden Lande dem polnischen Aufruhr und Einmarsch nicht entgegengetreten sei und warum sie durch ihre Untätigkeit die Vertreter der

Parteien in die Zwangslage verlegt habe, Verhandlungen zu führen und das Abkommen mit den Polen zu treffen, was lediglich Sache der Reichsregierung gewesen sei.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Herr Scheidemann, ausgerechnet am 1. September 1920, es für angezeigt hielt, den Verzicht auf Sedan-Feiern als ein Mittel zur Besserung der Lage Deutschlands zu empfehlen; er tabelte den General Seft wegen seiner Kundgebung an die Reichswehr. Graf Westarp erhebt entschiedenen Einspruch gegen diese Auffassung; der würdevolle Verzicht auf jede Erinnerung an die deutschen Großtaten von 1870/71 und an die ruhmvolle Vergangenheit des deutschen Kaiserreiches müße, wie die Erfahrungen doch wahrlich gezeigt haben, im Auslande nicht das geringste; und diejenigen Kreise des deutschen Volkes, die das Gedächtnis an die bessere und schönere Kaiserzeit hoch und heilig halten, würden sich das Recht, diese Festsetzung zu bekunden, nicht verkümmern lassen.

Katowitz, 3. Sept. (W.B.) In der gestrigen Stadtkorrespondentenversammlung wurde von Magistratsseite mitgeteilt, daß bisher acht Millionen Mark an Schadensersatzansprüchen eingereicht worden sind, zu deren Zahlung die Stadt auf Grund des Tumultschadensgesetzes verpflichtet ist.

Oppeln, 2. Sept. (W.B.) Der deutsche Kommissar für das ober-schlesische Abstimmungsgebiet, Fürst Haffelldt, ist nach mehrwöchentlicher Abwesenheit in Oppeln, wo er sich zum Kurgebrauch aufhielt, hierher zurückgekehrt. Haffelldt nahm bei der Durchreise durch Berlin Gelegenheit, sich mit den in Betracht kommenden Regierungsstellen des Reichs und Preußens über die jüngsten Ereignisse in Oberschlesien auszusprechen.

Der russisch-polnische Krieg.

London, 3. Sept. Aus Warschau wird der „Times“ gemeldet, daß Tschitscherin sich wegen des Tagesbefehls des russischen Befehlshabers, worin die polnischen Delegierten als Spione bezeichnet werden, entschuldigt habe. Die Entschuldigung sei an allen öffentlichen Gebäuden in Warschau angeschlagen.

Die Verhandlungen in Riga.

Warschau, 3. Sept. (Priv.-Tel.) Gestern ist aus Moskau Tschitscherins Zustimmung zu den Verhandlungen in Riga hier angetroffen. Darauf fand eine Sitzung des polnischen Ministerrates statt, in welcher Richtlinien für die Rigoer Verhandlungen besprochen wurden. Die polnische Delegation wird voraussichtlich am Montag nach Riga abreisen, wo Ende der nächsten Woche die Verhandlungen beginnen werden. Man nimmt an, daß Joffe an der Spitze der Sowjetdelegation stehen wird. Wer die Verhandlung führt, ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Schutz der Soldauer Flüchtlinge.

Berlin, 3. Sept. (Von unj. Berl. Büro.) Eine Abordnung der Soldauer Flüchtlinge hat in diesen Tagen in Berlin gewirkt und der Reichsregierung ihre Wünsche vorgetragen. Es wurde ein vollkommenes Einverständnis über die Maßnahmen, die zum Schutze der Flüchtlinge auf diesem Gebiete getroffen werden sollen, erzielt.

Die Zustände in den ostpreussischen Gefangenenlagern.

Berlin, 3. Sept. (Von unj. Berl. Büro.) Ueber die Zustände in den ostpreussischen Gefangenenlagern erfahren wir von zuständiger Stelle: die Polen sind bis auf 150 Mann abtransportiert. Von den Russen konnten täglich 3500 Mann nach Innerdeutschland geschafft werden. Man hofft, bis zum 20. die große Mehrheit der russischen Gefangenen an ihren endgültigen Bestimmungsort zu bringen. Die Lage ist sonach im allgemeinen etwas gebessert. Im Lager von Krj sind bis jetzt 2 Fälle von Flecktyber vorgekommen.

Eine Randstaatenkonferenz.

London, 3. Sept. (W.B.) Reuter meldet aus Riga aus englischer Quelle, daß die Staatsoberhäupter der baltischen Staaten beabsichtigen, eine Randstaatenkonferenz einzuberufen, um die Frage der Grenzstreitigkeiten, sowie die verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Abmachungen zu regeln. Ort und Zeit der Konferenz sind noch nicht bekanntgegeben.

Der neue Balkanbund.

Belgrad, 2. Sept. (W.B.) Das Parlament wurde mit einer Programmede des Ministerpräsidenten Wessisch eröffnet, in der dieser erklärte, daß Serbien im russisch-polnischen Konflikt neutral bleibe. Ueber die Adriatische sonderbar Besprechungen mit der italienischen Regierung statt, die hoffentlich recht bald zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß kommen würden. Die Albaner begannen in letzter Zeit ganz offen eine feindselige Haltung gegen die Serben einzunehmen und überschülten wiederholt die Demarkationslinie. Mit Rumänien verbinde Serbien eine aufrichtige Freundschaft. Mit den andern Nationen seien die Beziehungen freundschaftlich. Serbien habe den aufrichtigen Wunsch, sich noch weiter zu verbessern. Mit der Tschechoslowakei sei ein rein defensiver Bündnisvertrag abgeschlossen worden, der durch den Geist des Völkerbundes entspreche.

Die Unruhen in Mesopotamien.

Besserung der Lage.

London, 3. Sept. (W.B.) Ähnlich wird gemeldet: Die Lage in Mesopotamien bessert sich in den Unruhegebieten etwas. — In den noch nicht im offenen Zustand befindlichen Gebieten wurde die Lage aber etwas gespannter. — Im Gebiete des unteren Euphrats ist infolge der Aktion unter den Mundstarkarabern, die durch die Ausrufung des Heiligen Krieges in Erregung gebracht sind, die Stimmung ernst. Die englischen politischen Beamten konnten nur dadurch vor der Ermordung bewahrt werden, daß sie durch Flugzeuge in Sicherheit gebracht wurden. — Am mittleren Euphrat ist die Lage ruhiger. — Nördlich von Bagdad wurde Samara angegriffen, doch konnten die Eingeborenen verstreut werden. Nördlich von Bagdad hält die Besserung der Lage an.

Die Bewegung in Irland.

London 3. Sept. (W.B.) Polizei und Militär setzten gestern abend, um die Erschießung zweier Polizisten durch

die Sinnfeiner zu rächen, die Stadt Ballaghaderreen in Brand. Beinahe sämtliche Häuser der Hauptstraße wurden völlig zerstört.

Paris, 3. Sept. (W.B.) Wie der „Matin“ aus London meldet, hat sich der Zustand des Bürgermeisters von Cork sehr verschlechtert, und zum ersten Male zeigte er eine moralische Erschütterung.

Nach dem „Journal“ ist gestern von Luzern von Lloyd George ein Telegramm eingegangen, worin dieser erklärt, daß an der Entscheidung bezüglich des Bürgermeisters von Cork keine Änderung vorgenommen werden könne.

Die Bewegung der Metallarbeiter in Italien.

Die Lage ist ernst.

Paris, 3. Sept. (W.B.) Nach einem Radiotelegramm aus Rom haben die Metallindustriellen die Ausrüstung in ganz Italien beschloffen. Die Arbeiter drüsten sich damit, die Fabriken in den großen Industriezentren zu besetzen. Arbeitsminister Gabrioli hat bis jetzt vergeblich zu vermitteln versucht. Die Arbeiter sollen sich ablehnend verhalten. Bei der Besetzung der Fabriken ist es zu Zusammenstößen gekommen, so in Genua zwischen Polizisten und Arbeitern der Oberwerke. Die Polizei machte von der Waffe Gebrauch. Ein Arbeiter wurde getötet und zwei schwer verletzt.

Holland, 3. Sept. (W.B.) Eine Stefanmeldung aus

Rom besagt, daß zwischen der Regierung und Vertretern der Metallarbeiter über die durch die Besetzung von Fabrikbetrieben geschaffene Lage beraten wird. Die Metallarbeiter sind zu Verhandlungen bereit, wenn die Industriellen Zugeständnisse machen wollen. Die Wälder bezeichnen die Lage als ernst. Die Bewegung dehnt sich im ganzen Lande aus.

Der drohende Bergarbeiterstreik in England.

London, 3. Sept. Reuter meldet, es brauche nicht angenommen zu werden, daß der Beschluß der Bergleute, die Streikklärung abzubrechen, bedeute, daß der Streik unvermeidlich sei. Die Klärung sind nicht vor dem 29. September fällig und inzwischen könne sehr viel geschehen. Es wird erklärt, daß es von Seiten der Bergleute kein Entgegenkommen und kein Kompromiß gebe, doch halte man es für sicher, daß die anderen Gewerkschaften, besonders der parlamentarische Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes, der heute eben in Plymouth zusammentritt, zweifelhafte Anstrengungen machen wird, um den Frieden zu erhalten.

London, 3. Sept. Die „Times“ melden aus New York: Mit Rücksicht auf den vor einigen Tagen angekündigten Streik in West Virginia, wurden tausende von Arbeitern nach Stockton gebracht, um zu verhindern, den Zandbahnverkehr wieder herzustellen. Aus diesem Grunde fanden mehrere Zusammenstöße zwischen der Polizei, den Aufständigen und den Streikbrechern statt.

Die Kohlenlieferungen.

Berlin, 3. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die B.-Z. hört, sind die auf Grund des Spaer Abkommens, an die Entente monatlich zu liefernden 2 Millionen Tonnen Kohlen im Monat August im vollen Umfange abgeliefert worden. Für den Monat September sind die 2 Millionen Tonnen ebenfalls schon sichergestellt. Schwierigkeiten sind für den Monat Oktober vorzusehen. Es werden sich dabei die Unruhen in Oberschlesien und der Streik der polnischen Grubenarbeiter bemerkbar machen, denn dadurch ist ein ziemlich großer Ausfall eingetreten. Die Einhaltung der Spaer Lieferungsverpflichtung sei erkaufbar worden durch die Stilllegung einer erheblichen Anzahl von Betrieben und das Ausblenden mehrerer Hochöfen infolge mangelnder Kohlenlieferung.

Berlin, 3. Sept. (W. B.) Der Kohlenausschuss des Reichstages Reichswirtschaftsrats erklärte in seiner Sitzung vom 2. September, daß die deutsche Wirtschaft durch die Opferwilligkeit der Bergarbeiter, die durch Stilllegung von Hochöfen die Kohlenförderung kelleren, bisher vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt wurde. Er dankte ihnen für ihre Opferbereitschaft und bittet sie, diesen nicht zu erlahmen, sondern ihre Leistungen noch nach Kräften zu erhöhen.

Dr. Simons und Herr Erzberger.

Ueber Herrn Dr. Simons sind während seiner Schweizer Reise Anmerkungen veröffentlicht worden, die, wie wir bereits neulich andeuteten, nur mit äußerster Vorsicht zu genießen sind. Seine angeblichen Behauptungen über ein militärisches Vorgehen Deutschlands gegen Polen hat er gestern im Rückblick für unwürdige Angelegenheiten bereits auf das richtigste Maß zurückgeführt. Ferner hat er, wie die „Nat. Corresp.“ mitteilen kann, durchaus auch nicht, wie es die „Westfälische Nationalzeitung“ meldete, sich über Stinnes in der Weise ausgesprochen, als ob Stinnes sich nur persönlich an der Macht halten wolle, noch hat er von der Notwendigkeit der sozialdemokratischen Kontrolle in der Regierung etwas gesagt, sondern nur angedeutet, daß die Sozialdemokratie als die stärkste Partei sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt sein müsse und dieser am besten dadurch gerecht werden könne, wenn sie sich an der Macht beteilige. Ein Standpunkt, den übrigens die Deutsche Volkspartei vollkommen anerkennt. Neuerdings geht ein Gerücht durch die Zeitungen, das der „Bairische Kurier“ aufgebracht hat. Dr. Simons habe die Absicht, Herrn Erzberger im Auswärtigen Amt zu beschäftigen. Wir glauben sehr wohl, daß Herr Erzberger seine politischen Ambitionen noch nicht begraben hat, aber wir glauben mit Recht annehmen zu dürfen, daß Herr Dr. Simons für den Mann, der mit dem Waffenstillstandsschluß von Spa und mit dem Vertrag von Versailles aufs Schlimmste vor dem deutschen Volk belächelt dastehet, nicht viel mehr übrig haben wird, als die Anerkennung seiner Strebsamkeit und das vernichtende Urteil über seine Unzuständigkeit.

Beamtenfragen im Reichstage.

Von Morath, Parischorst, M. d. R.

Während der kurzen Sommerferien des Reichstags war der knappe Raum in den Tagesitzungen mit Berichten über die großen politischen Fragen, über Spa, den Krieg im Osten usw. fast ganz gefüllt, sodass es scheinen konnte, als seien die Fragen, welche die Reichsbeamtenfrage beunruhigen, nicht zu ihrem Recht gelangt. Aber — der Scheln trägt. Zugabe ist, daß bisher keine der im Vordergrund des Interesses der Beamten stehenden Vorlagen verabschiedet wurde; doch wird die Mehrheit der deutschen Beamten bei der Erledigung dieser Vorlagen weniger auf Pünktlichkeit als auf Richtigkeit dringen. Was unter dem vorigen Kabinett an Beamtenpolitik geleistet worden ist, entsprach, wie die Beamtenfrage weiß, nicht dieser Forderung.

Die Neuordnung der Besoldungsordnung, welche bis zum 31. Oktober durchgeführt werden muß, beschäftigt gegenwärtig den vom Haushaltsausschuß eingesetzten Unterausschuß für Besoldungsfragen. Er ist auf Antrag des Berichterstatters (Abg. Delius) gelegentlich der Beratung des Rotals eingesetzt worden, und auf Antrag des Abgeordneten Morath mit 14 Mitgliedern, von denen jede Partei zwei zu stellen hat, gebildet worden. Seine Arbeit wird nicht leicht sein. Als am 28. April die Nationalversammlung das Besoldungsgesetz beschloß, wurde das unzulängliche Ereignis — längst entsprachen die Grundgehälter nicht mehr der Entwertung des Geldes, und die große Mehrzahl der Beamten wurde auch nach der so gewaltig erscheinenden Gehaltsaufbesserung stark enttäuscht, reicht doch auch jetzt nach den unantastbaren Feststellungen der Statistik das Einkommen der meisten Beamten nicht aus, um das Leben einer vierköpfigen Familie mit den bescheidensten Ansprüchen (z. B. Wohnung von einer Etage und einer Küche, Bekleidung durch rationierte Lebensmittel usw.) zu erhalten. Dennoch gab sich die brennende Beamtenfrage angesichts der Notlage des Reiches mit der gewählten Aufbesserung, die ja immerhin einen Kostenaufwand von mehr als 9 Milliarden bedeutete, zufrieden.

Was aber die Ruhe bald darauf störte und in eine bisher nicht dagewesene Erregung verwandelte, war die Tatsache, daß die Besoldungsordnungen der einzelnen Länder und dieser Kommunen sehr erhebliche Verbesserungen der betreffenden Beamten gegenüber den Reichsbeamten brachten. Besoldungsordnungen und Besoldungsordnungen waren überall die gleichen, aber der Inhalt des Rahmens war recht verschieden. Beamte, welche im Reich in den Besoldungsklassen 5, 7, 10 standen, waren in einer Reihe von Ländern durchweg ein bis zwei Klassen höher eingereiht. Und nun trat der größte Teil der Länderbeamten, namentlich die Finanzbeamten aller Länder, sowie die Verkehrsbeamten in Bayern und Württemberg, in den Reichsdienst, sodass in denselben Dienststellen sich große Unterschiede in Rang und Bezahlung bisher gleichstehender Beamten ergaben. Beispielsweise sind die Eisenbahnbeamten des Bahnhofs Leipzig sehr verschieden besoldet, je nachdem sie vor ihrem Uebertritt in den Reichsdienst preussische oder sächsische Beamte waren. Und obwohl Bayern und Württemberg ihre Beamten größtenteils vor dem Uebertritt in den Reichsdienst befördert hatten, standen sich diese in viel schlechter als ihre im Landesdienst verbliebenen Kollegen, daß sie von dem Rücktrittsrecht in den Staatsdienst Gebrauch zu machen drohten, wenn ihnen vom Reich nicht dieselben Bezüge, wie jene sie erhalten, zugesichert wurden. Von diesem Rücktrittsrecht hätte ein großer Teil der Beamten Gebrauch gemacht, wenn nicht die Rücktrittsfrist verlängert worden wäre. Es war wenig erbaulich, wenn sich Reichsfinanzminister und Vertreter der Länder gegenseitig unglücklicherweise handlungsweise bezichtigten. Nach dem Finanzministerium den Ländern ihr Hinangehen über die Sache der Reichsbesoldungsordnung zum Vorwurf, so antworteten jene, daß sie sich nur die Einreichung zum Vorbild genommen hätten, die das Reichsfinanzministerium unter Erzberger den eigenen Beamten zugestimmt habe. Wenn etwas dazu beigetragen hat, die Erregung der Beamtenfrage noch zu steigern, dann war es die Art, wie der Kultusminister Freiwaldt politische Gründe für die Erfüllung der Lehramtswünsche ins Feld führte. Haentisch gab in einem Schreiben an das Staatsministerium offen zu, daß man die Lehrer schon deshalb in die Klasse 7 einreihen müsse, weil man ihr Wohlwollen brauche, „um die Volksschule für die neue Staatsordnung endgültig zu gewinnen“. Und er gab weisheitsvoll auch den Weg an, die Kosten für diese Förderung beizubringen, indem er vorschlug, die Bezüge aller Beamten, falls es nötig werden sollte, entsprechend zu kürzen.

Angesichts der Unmöglichkeit, bis zum Beginn der Sommerferien die Besoldungsfrage zum Abschluß zu bringen, mußte ein Weg gefunden werden, der den Beamten Sicherheit auf Erfüllung ihrer Forderungen gab. Es mußte auch vermieden werden, daß eine Umkehr der früheren Kabinets, wie sie aus einer halbamtlichen Veröffentlichung vom 24. 7. hervorging, durchgeführt wurde, nämlich die Absicht, den mit dem Austritt der drohenden fidejussorischen Beamten eine so fröhliche Erfüllung ihrer Wünsche zu gewähren, die übrigen Reichsbeamten aber auf den Herbst zu verdrängen. Eine Anfrage Morath und Genossen machte sofort nach dem Zusammenritt des Reichstages gegen diese Bestrebungen Front, und unmittelbar vor der Vertagung wurde erreicht, daß sich Regierung und Reichstag auf

eine Formel einigten, die eine geeignete Grundlage für die Beratungen des Besoldungsausschusses sein wird. Die Regierung erklärte durch den Mund des Finanzministers ihre Zustimmung zu der Entschließung des Reichstags (vergl. Drucksache 225) in der es heißt: „Daß der Reichstag grundsätzlich damit einverstanden sei, daß bei der eingeleiteten Neuordnung der Reichsbesoldungsordnung die Forderungen aus den Landesbesoldungsordnungen und den im Reich bisher vorgenommenen Einstufungen gezogen werden, so weit dies der einheitliche Aufbau der Besoldungsordnung erforderlich macht.“ Der Entwurf dieser Entschließung stammt bis auf den Nachsatz von dem Abgeordneten Morath, der sich mit dem vom Finanzministerium gewünschten Zusatz einverstanden erklärte, nachdem das Finanzministerium hatte erklären lassen, daß dadurch nur Berufungen auf einzelne ganz aus dem Rahmen fallende Einstufungen in einzelnen Ländern vermieden werden sollten. Diese Entschließungen müssen bei allen künftigen Beratungen in der Besoldungsfrage die unverrückbare Grundlage für die Einreichung der Reichsbeamten bilden, damit einmal der unerträglichen Ungleichheit in der Besoldung unter den verschiedenen nach Vorbildung, Ausbildung, Prüfung und Arbeitsleistung gleichwertigen Beamten ein Ende gemacht wird. Dann müssen allerdings noch Mittel gefunden werden, um einzelnen Verwaltungen oder Ländern ein Abweichen zugunsten der eigenen Beamten dauernd unmöglich zu machen, wenn nicht die Frage der Beamtenbesoldung eine Schraube ohne Ende werden soll.

Zur Frage der Personalreform, die ja Sache der einzelnen Verwaltungen ist, kann in diesen Zusammenhänge nur gesagt werden, daß sie den verschiedenen Bedürfnissen und Verhältnissen der einzelnen Verwaltungen entsprechend muß überall müssen Mittel und Wege gefunden werden, um den unteren und mittleren Beamten das Aufsteigen in höhere Dienststellen zu ermöglichen. Selbstverständlich werden z. B. untere und mittlere Justizbeamte dabei nicht auf eine Beförderung zum Richter oder Kirchenbeamten nicht auf eine Beförderung zum Pfarrer denken. Wohl aber können und müssen angesichts der Finanzlage des Reiches ohne Schaden für die Justizpflege und die kirchlichen Verwaltungen, Dienststellen, die bisher den Richtern oder den Pfarrern vorbehalten waren, auf mittlere und untere Beamte abgewälzt werden. Etwas anderes ist es bei den Verwaltungen der großen Verkehrsverwaltungen. Hier muß es möglich sein, auch eine Reihe von Beamtenstellen, die bisher den Beamten für den höheren Dienst vorbehalten waren, mittleren Beamten zu übertragen, und dies werden einen großen Teil ihrer Stellen an untere Beamte abzugeben haben. Daneben werden, durch geeigneten Unterricht, untere und mittlere Beamte sich finden, welche bereit sind, die Prüfungen für höhere Dienststellen unter denselben Voraussetzungen, wie die Kandidaten auf diesen Dienst abzulegen. Das sind Maßnahmen, die ebensosehr dem Interesse der Beamten als dem Gebot der Sparpolitik entsprechen. Sie bedeuten eine allmähliche Verminderung der höheren und mittleren Beamtenstellen. Mit der Beförderung der Beamten von partizipativen gesellschaftlichen, wie sie unter dem vorherigen Kabinett eingeleitet war, muß es unter allen Umständen ein Ende haben. Wie wenig erst es den früheren Regierungsparlamenten in der Nachprüfung ihrer praktischen Arbeit auf diesem Gebiet ist, lehrt ein Vorgang aus der Beratung der Rotals. Es bestand ein Regierungsvorschlag, nach dem die durch den Etat in Zugang kommenden und die durch deren Besetzung freiwerdenden Beamtenstellen mit bereits vorhandenen und zwar in erster Linie mit in anderen Verwaltungen einbeschäftigten Beamten zu besetzen sind. Ausnahmen sollten nur mit Zustimmung der Reichsminister der Finanzen und des Innern ausbrüchlich zu, trage also den sozialistischen Bedenken vollauf Rechnung. Morath es ankomme, sei aber, zu verhindern, daß Reichsminister in der Lage seien, nach Belieben Männer aus freien Berufen und — der eigenen Partei als Beamte einzustellen. Ein Vorgang aus dem Arbeitsministerium unter der Leitung des sozialistischen Ministers Schilke erläuterte diese Ausführungen in drastischer Weise. Hier hatte man auf Antrag einer sozialistischen Gewerkschaft Privatangehörige zu Assistenten und Sekretären gemacht, die nach einer Verfügung des Ministeriums vom 22. Juni „in nicht beträchtlicher Zahl“ nicht einmal den nächsten Anforderungen an Allgemeinbildung entsprachen und für die deshalb ein Unterricht in Diktatschreiben, Schönschreiben, Kopierschreiben ein-

geführt werden mußte. Es half nichts, gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei wurde auch im Plenum der Regierungsvorschlag abgelehnt. Die Abweichenden werden wissen, warum sie so verfahren.

Die Notlage der Ruhegehaltsempfänger ist derartig, daß man ihr Drogen auf baldige Vorlage des Pensionengesetzes verweisen kann. Die von dem Abgeordneten Beermann (D. N. P.) noch in der Nationalversammlung geforderte Erhöhung ihrer Bezüge auf 80 vom 100 stellt alles zunächst Erreichbare dar, aber sie genügt natürlich nicht, um auch nur in der bescheidensten Weise das Leben zu fristen. Eine Vorlage der Regierung, welche die Zustimmung des Reichstags bereits gefunden hat, soll demnächst dem Reichstag zugehen und wird für die Ruhegehaltsempfänger mindestens diejenigen Vorteile bringen müssen, welche die früheren Ruhegehaltsempfänger bereits genossen. Die Vorlage enthält u. a. die Erfüllung der Forderung auf Anrechnung der während des Krieges von Pensionären geleisteten Dienstzeit auf die Pension. Nach Verabschiedung dieser Vorlage müssen Beamtenräte, Beamte und Reichsbeamten in der Reichsbesoldungsordnung. Der Zustand, daß die Arbeiter einer Dienststelle in ihrer Vertretung erheblich mehr erreicht haben, als die in derselben Dienststelle beschäftigten Beamten, ist unerträglich. Und die Verbesserung des Dienststrafverfahrens in der Richtung der Grundzüge der Deutschen Volkspartei, wie sie auf dem Leipziger Parteitage angenommen worden sind, muß in kurzer Zeit Tat werden. Vorerst gilt es allerdings erst die wirtschaftliche Not der Beamten zu heilen, soweit es die Mittel des Reiches zulassen. Die vom Finanzminister wiederholt gemachten Ausführungen über die Schwierigkeit der Finanzlage des Reiches werden dabei ernsthafte Beachtung zu finden haben, aber es geht allerdings nicht an, Forderungen nur der Beamten mit dem Hinweis auf die schwierige Lage abzulehnen, und zu gleicher Zeit, wie auch neuerdings beim Reichsoberfinanzrat, Forderungen der Reichsarbeiterschaft zu bewilligen. Der Finanzminister hatte wiederholt im Reichstag und im Hauptauschuß betont, daß die vom Gesetz vorgeschriebene Nachprüfung der Besoldungsordnung einen Kostenaufwand von einer Milliarde bedeuere, eine Angabe, die natürlich abweichend auf den Reichstag wirken mußte. In der Sitzung des Besoldungsausschusses vom 2. 8. d. J. verlangte der Abgeordnete Morath die Unterlagen für diese Berechnung des Finanzministeriums, weil sie die von den Beamtenvertretern errechneten Summen weit überstieg, und es war bemerkenswert, daß der Vertreter des Finanzministeriums antwortete, die Summe von einer Milliarde beruht nicht auf Berechnung, sondern auf Schätzung, und ein Vermögen von einem Hundert Millionen sei, wenn auch nicht mehrfaches, so doch immerhin möglich. Hoffen wir also, daß der im Interesse der Gerechtigkeit notwendige Ausgleich in der Beamtenbesoldung des Reiches und der Länder mit einem sehr viel geringeren Kostenaufwand auskommt, als es der besorgte Reichsoberfinanzrat zuerst annahm. Noch immer ist ja auch dann nicht der Forderung genügend Rechnung getragen, daß Beamtenarbeit einen Lohn finden muß, der höher ist als der der Handarbeiterschaft, mindestens der ungerichteten Arbeiter. Noch immer werden den Staatsarbeitern, wenn sie nach jahrelanger Bewährung im Arbeiterverhältnis in den Beamtenstand treten, Ausgleichszahlungen von 2-4000 Mark gezahlt werden müssen, weil sie sonst schlechter stehen als bisher. Aber von dem gefunden und bewährten Geist der Beamtenfrage kann erwartet werden, daß sie den Schwierigkeiten der Gegenwart Rechnung trägt, soweit es sich mit ihrem Recht auf eine angemessene Erhaltung vereinbaren läßt. Das sind Fragen, die nicht nur für die Beamtenfrage, sondern für das ganze Volk von erheblicher Bedeutung sind. Der Wiederaufbau kann nur gelingen, wenn neben allen anderen Berufsständen auch die deutsche Beamtenfrage hingehend daran mitarbeitet. Eine solche Mitarbeit kann nur erwartet werden, wenn das Reich die Beamtenfrage wirtschaftlich, gesellschaftlich und rechtlich auf gesunde Grundlagen stellt. Das sind nicht allein Beamtenforderungen, das sind auch Staatsnotwendigkeiten.

Letzte Meldungen.

Ueberausfuhr aus Baden.

3 Karlsruhe, 3. Sept. (Priv. Tel.) In verschiedenen Pflanzungen kommt, so schreibt die „Karlsruher Zeitung“, die Befürchtung zum Ausbruch, daß das in Baden aufgekaufte Vieh durch gewissenlose Treiben wider Kustföhr nach Außerbadem verschoben und dadurch die badische Bevölkerung in die Gefahr einer Fleischnot versetzt würde. Zur Beruhigung der Bevölkerung macht das Landespreiskomitee darauf aufmerksam, daß seine Ueberwachungsbeamten infolge tatkräftiger Mitwirkung von selten der badischen Eisenbahndienststellen vor allem die Transporte auf der Eisenbahn, sofern sie sich nach Stationen bewegen, die in der Nähe der badischen Landesgrenze liegen, Kenntnis erhalten. Ebenso sind zur Verhütung der unbedingten Ausfuhr von Vieh aus Baden auf den Sandstrassen die erforderlichen Ueberwachungsmaßnahmen getroffen.

Der Mann mit den sieben Masken.

Roman von Erich Büfften.

56) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Aus einem benachbarten Beichtstuhl trat eine blonde Frau mit verweinten Augen, befreuzigte sich mit dem Gesicht nach dem Hochaltar zu und enifernete sich schnell.

„Ich wurde in meinen Phantasien immer lächer. Ich ließ den Geist des Bombastus Zeichnungen einer Destilliervorrichtung und eines Fieberverfahrens offensenden und Beschreibungen dieser Apparate geben. Er enthielt Ratsschläge über Blakate, Reklame und Fiktionen, diktierte Verträge, kamme die Medizinalegese und stand in seinen Rezepten auf modernem wissenschaftlichen Boden. In die Enge getrieben, verfiel ich mich zu der Behauptung, Bombastus habe sich nach seinem Tode wissenschaftlich fortgebildet.“

Der Beichtvater stieß im Beichtstuhl mit dem Fuße an die Holzverkleidung. Durch das Gitter flüsterte es.

„Das viele Geld machte mich schließlich sinnlos. Ich verließ meine Familie und vergeudete es. Jetzt komme ich mit der letzten Barschaft aus Triest. Ich will mich dem Staatsanwalt stellen. Ich finde keine Ruhe. Ich bereue meine Verblendung. Ich kann nicht sagen, wie seltsch wohl mir der Verkehr mit den Geistern tat. Jetzt wünsche ich Berührung mit Gott, um die irdische Strafe auf mich zu nehmen.“

Der Kleine, der hastig gesprochen hatte, schweig. Eine Stille trat ein. Nur in der Ferne nach dem Altar zu hörte man hallende Schritte. Das Ohr des Beichtenden laufchte am Gitter. Der Priester flüsterte.

Nach Verlauf einiger Minuten stand der Kniende auf. Er trocknete sich die Schweißtropfen auf der Stirn und schritt langsam davon.

Sein Gang war sicherer, als er gekommen war! Er ging aufrecht. Friede lag in seinen falligen Gesichtszügen, seine Augen waren heller.

Auf dem Chöre um die Orgel wurde es lebendig. Man hörte polternde Schritte. Ein Mann mit langem dunkelblonden Haar warf einige Blicke herab.

Von einer Seitenpforte her trat eine Nonne in den Dom. Die Tracht der Irulanerinnen umhüllte ihre schlanken Formen. Ein blaßes, nicht mehr ganz jugendliches Gesicht, von dunklem Haar umrahmt, zeigte die Züge einstiger Schönheit.

„In sicherem Schritte, sich nach dem Hochaltar umsehend, glitt sie im Seitenschiffe hin und warf sich schluchzend am Beichtstuhl nieder. Endlich beruhigte sie sich und flüsterte:

„Eine unheilige Verblendung und eine Verwirrung in meiner Seele zwingen mich auf die Knie. Schwere geistige Sünde ruht auf mir.“

„Keine Schwester rede!“ flüsterte es nach einem Augenblick des Schweigens zurück.

„Seit meiner frühen Jugend strast mich der Himmel für eine Sünde, die ich nicht kenne, durch die immer erneute Begegnung mit demselben Manne.“

Der Organist sah vor der Orgel und spielte einige Akkorde.

„Ich war fast noch ein Kind, als ich ihn zum ersten Male sah. Er entsetzte schon damals eine Leidenschaft in mir, deren Bedeutung ich mir erst später bewußt wurde. Diese erste Bekanntschaft blieb wie ein Traum.“

Die Orgel spielte eine melodische Passage.

Bei der zweiten Begegnung war ich ein erwachsenes leidenschaftliches Mädchen. Ich bin zuweilen nicht sicher, ob mir derselbe Mann wirklich schon vorher entgegengetreten ist. Eine Freundin wollte mich überzeugen, daß es ganz unmöglich gewesen sei. Man sagte mir auch von Kindheit an eine Neigung zu solchen Einbildungen nach. Ich gestehe, daß ich nachts lebhaft träume und auch am Tage in deutschen Visionen lebe. Aber die zweite Begegnung ist einwandfrei. Und ich liebte ihn, wie jenen, auf den ersten Blick. Er selbst versicherte, daß wir uns noch nie gesehen hätten, und mochte mich glauben, daß ich ihn in einer geistigen Erhöhung meines Innern vorausgesehen habe. Die glühendsten Versicherungen der Gegenliebe flossen von seinen Lippen. Wir verlebten seltsame Tage, glückliche Wochen, bis mich das Schuldgefühl von seiner Seite riß. Ich lehrte zu meinen betrogenen Eltern zurück.“

Der Orgelspieler probierte einige schrille Dissonanzen. „Als meine Sünde an den Tag kam, verließen sie mich aus ihrem Hause. Ich stamme aus besserer Familie. Die Eltern starben unverehelicht und schmälereten mein Erbe. Ich erteilte Sprachunterricht, da ich gute Schule genossen hatte. So brachte ich das Kind durch, bis eine fromme Frau es zu sich nahm. Des Meinsens müde, — ich brachte es nie übers Herz, mich einem anderen Manne anzuschließen, obwohl Verlobungen nicht fehlten, — trat ich ins Kloster.“

Die Glocke der Kathedrale schlug feierlich an. „Aber in meiner tiefsten, durch die Gelübde gebundenen Seele schlummerte eine heimliche Sehnsucht und Gewißheit. Daß ich ihm noch einmal im Leben begegnen würde.“

Die Glocke schlug zum dritten Male dröhnend an. „Und gestern — gestern ging ich meinen Sündenweg weiter in neuer Qual! Ich sah ihn wieder, erblühte den Mann meiner Liebe in leibhaftiger Gestalt in hiesiger Stadt, er konnte ihn — im Mondsgewande. Weiß, lichtvoll, strahlend sah ich ihn. Meine Schritte wurden gelähmt, alles Blut wich aus meinem Antlitz.“

In der Erinnerung schien die Nonne aufs neue mit einer Ohnmacht zu kämpfen.

Alle Kraft zusammennehmend, fuhr sie fort: „Ich erzitterte, als er mich bemerkte. Die Beute blitzten dem Dominikaner — ich kenne das Ordenskleid — hinterdrein. Obwohl ich ihn nur aus der Entfernung sah, täuschte ich mich nicht. Unter Hunderten und Tausenden fände ich ihn heraus. Und nun vollendete sich die Sünde. Meine alte unbändige Leidenschaft, die an diese Gestalt, an diese Gesichtszüge gebunden war, lederte aufs neue empor. Eine schlaflose Nacht zwang mich vergebens auf meine Knie. Kaum trugen mich die Schritte hierher, um Vergebung und göttlichen Beistand zu finden.“

Drüben vom Seitenschiffe hörte man das Klingeln metallener Ringe, die auf einer Messingstange geschoben wurden.

Der Kirchner zog den roten Vorhang zurück, der das seltene Werk eines italienischen Meisters, Maria Verkündigung darstellend, bedeckte. Gedämnit vernahm man die Worte des Führers, der den Besuchern das Kunstwerk erklärte.

Schwester Angelika richtete sich endlich aus ihrer Verzweiflung auf und flüsterte einige Worte ins Gitter, an dem sie dann mit gespannten Armen und ringenden Händen lauschte.

„Gott will die Himmelsbraut prüfen“, flüsterte der Priester aus dem Beichtstuhl zurück, „und schickte ihr deshalb diese Begegnung. Er weiß, daß das Herz des Menschen ein Kampfplatz ist, er verdammt nicht dieses Kämpfen, welches zur Erläuterung führt.“

„Es führt nicht —“ erwiderte die Nonne, den Kopf schüttelnd.

Wenn meine Schwester den Mann ihrer ehemaligen Neigung im weißen Priestergewande sah“, fuhr der Beichtvater fort, „so war die lichtvolle, strahlende Gestalt nur ein Widerschein des Abbildes, das meine Schwester von ihm im Herzen trägt.“

Angelika sah mit großen hervortretenden Augen wie abwesend vor sich hin.

(Fortsetzung folgt.)

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Eine Reichswirtschaftsbank.

Die Hamburger Handelskammer hat von zuverlässiger Seite erfahren, daß in Regierungskreisen tatsächlich noch der Plan bestehe, eine Reichswirtschaftsbank zu gründen. Es soll sich bei dieser Gründung um eine halbstaatliche Kreditorganisation mit staatlichem Kapital und einer Gesamtverantwortung der deutschen Erwerbsstände, der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft, handeln. Das Tätigkeitsgebiet dieser Reichsbank soll die Übernahme der Valutarisiken bei Ein- und Verkauf der deutschen Erwerbsstände, die Deckung des inländischen Kreditbedarfs, die Vermittlung von Reichs- und Wiederaufbauaufträgen umfassen und bezwecken, eine unmittelbare Verbindung zwischen Erzeugern und Verbrauchern zur Beseitigung von Absatzstörungen herbeizuführen. Das hierzu erforderliche Kapital soll zu 100 Millionen von den Erwerbsständen aufgebracht und zunächst vorschüssweise dem bereits vorhandenen Gewinn der Devisenbeschaffungsstelle entnommen werden. Die Hauptbetriebsmittel sollen zu annähernd 3 Milliarden aus der Gesamtheit der Guthaben der liquidierten Kriegsgesellschaften und Reichsstellen entnommen werden.

Die Handelskammer hat sich in einem Gutachten an das Reichsfinanzministerium gegen diese beabsichtigte Gründung ausgesprochen und hierzu u. a. ausgeführt: Eine Notwendigkeit für die Gründung besteht nicht. Die Aufgaben, die sich die Reichswirtschaftsbank stellt, werden, soweit ihre Erfüllung überhaupt wünschenswert ist, bereits von den vorhandenen Kreditorganisationen, der Reichsbank und den Privatbanken, in weitestem Umfange erfüllt. Die Schaffung einer Reichsdevisenbank würde einen Wettbewerb für das Bank- und Bankergewerbe bedeuten, der durch nichts zu rechtfertigen wäre. Die Zentralisierung und Monopolisierung des Devisenverkehrs in Deutschland würde den größten technischen Schwierigkeiten begegnen und außerdem mit so großen Wagnissen verbunden sein, daß für das Vermögen der Reichswirtschaftsbank eine ganz bedeutende Gefährdung bestünde. Die Aufbringung des Kapitals in der geplanten Art und Weise sei unmöglich. Die Finanzierung der Reichswirtschaftsbank auf die beabsichtigte Weise würde zu bedeuten haben, daß das Reich etwa 5 neue Milliarden einstellen müßte.

Das geplante Unternehmen stellt sich in Wahrheit, so folgert die Handelskammer, als die Fortsetzung der Zwangswirtschaft in einer veränderten Form dar. Die Handelskammer ist der Ansicht, daß es sich bei der Gründung um eigennützige Bestrebungen gewisser Herren handle, und daß es keineswegs fachliche Erwägungen seien, auf die die Urheberschaft des Gründungsgedankens zurückzuführen ist.

Das alte und das neue Zuckerjahr.

Das jetzt beendigte Betriebsjahr 1919/20 war recht ungünstig. Der Anfang ließ sich verhältnismäßig ganz gut an. Auf den Feldern stand eine Rübenerte, die als einigermaßen zufriedenstellend anzusprechen war. Durch den Arbeitermangel auf dem Lande konnte die Rübenerte aber nicht so flott gefördert werden, wie es nötig war. Der größte Teil der Rüben steckte noch im Boden, als der frühe Wettersturz in der ersten Novemberwoche mit frühzeitigen starken Schneefällen einsetzte. Erst nach mehreren Wochen konnte mit der Rübenerte fortgefahren werden. Die überhaupt noch zu reifenden Rüben hatten starke Einbuße an ihrer Güte erlitten und ein bemerkenswerter Teil der Ernte konnte überhaupt nicht mehr eingebracht werden. Hinzu trat der Kohlenmangel, mit dem die Zuckerfabriken zu kämpfen hatten. Die Betriebszeit zog sich trotz der verhältnismäßig wenigen Rüben außerordentlich in die Länge, und schließlich blieben sogar erhebliche Rübenmengen überhaupt unverarbeitet bzw. wurden anderen Zwecken als der Verarbeitung auf Zucker zugeführt. Auf rund 20 Mill. Zentner Zucker hatte man bei Beginn des Betriebsjahres gerechnet, und bei seinem Schluß stehen wir jetzt vor der Tatsache einer deutschen Zuckererzeugung von knapp 16 Mill. Zentner.

Unter diesen Umständen mußte eine weitere Verschärfung der bereits bestehenden Zuckerknappheit eintreten. Die Zuweisungen inländischen Zuckers an die Zucker verarbeitenden Gewerbe wurden ganz außerordentlich beschnitten und schließlich mußten auch die Zuckerzuteilungen an die Haushaltungen gekürzt werden. Soweit es möglich war, wurde Auslandszucker zum Ersatz herangezogen, wobei Preise zu zahlen waren, die fast das Vierfache des Preises für Inlandszucker ausmachten. Die aus dem vorangegangenen Betriebsjahr herübergenommenen Zuckervorräte in Höhe von mehr als 9 Mill. Zentnern wurden mit aufgezehrt, und beim Uebergang in das neue Betriebsjahr sind die Zuckervorräte Deutschlands jetzt völlig erschöpft.

Obwohl bereits im Frühjahr voraussehen war, wie die Dinge sich gestalten würden, kam es doch nur zu einem Mehranbau von Zuckerrüben in Höhe von knapp 4%. Glücklicherweise war die Witterung sowohl während des Ausdrillens der Rübenkerne als auch in weiterer Folge recht günstig, sodaß augenblicklich eine Ernte zu Felde steht die zu den besten

Hoffnungen berechtigt. Immerhin wird aber kaum auf mehr als 21-22 Mill. Zentner Zucker aus der binnen kurzem einsetzenden Rübenerte zu rechnen sein. Deutschland wird also zunächst auch weiter auf die Einfuhr ausländischen Zuckers angewiesen sein, wobei in erster Linie und fast ausschließlich böhmischer Zucker in Frage kommen wird. Diese teilweise Abhängigkeit vom Ausland sobald als möglich verschwinden zu lassen, ist eine dringende volkswirtschaftliche Forderung. Dieser Erkenntnis dürfte sich auch die Reichsregierung anschließen, und es sieht zu hoffen, daß die neuen Bestimmungen für die Bewirtschaftung des Zuckers im neuen Betriebsjahre den Grundstock zu einer kräftigen Erhöhung des nächstjährigen Rübenanbaues bilden.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 3. Sept. (Drahtb.) Die Börse zeigte auch heute wieder keine einheitliche Haltung, doch ist vorwiegend feste Tendenz auf den meisten Gebieten zu beobachten. Größere Kauflust bestand in Gelsenkirchen, die einen Gewinn von 10% zu erzielen vermochten. Deutsch-Luxemburger, 314 1/2 eröffnend, waren später begehrt zu 319 G. Laurahütte erzielten eine Kursbesserung von 4%. Phönix-Bergbau von 276, Oberbedarf mit 245 abgeschwächt. Adlerwerke Kleyer blieben mit 245 behauptet. Farbwerke zeigte im allgemeinen eine kleine Besserung. Von Elektrizitätsaktien gaben A. E. G. unter Angebot 4% nach, auch Licht u. Kraft verloren 3 1/2%. Das Geschäft zeigte wieder eine merkliche Lebhaftigkeit am Markt der unnotierten Werte. Interesse zeigte sich besonders für Deutsche Petroleum, die auf 148 1/2 stiegen, später aber auf 145 sich abschwächten. Deutsche Erdöl 1975 G., Otavi-Minen wurden mit 880 u. 20% höher gehandelt, Gemüßmilche 728, Neu-Guinea fest, 935, Südsce-Phosphat 1950. Schantungbahn schwächten sich ab. 678. Lebhafte Geschäft trat bei erheblicher Steigerung in Baltimore ein. Der Kurs stellte sich anfangs auf 36 plus 10% und stieg im weiteren Verlaufe um weitere 10% auf 370. Anatolische Prioritäten stiegen ebenfalls um 8% auf 148. Mexikanische Anleihen behauptet, 4 1/2% Irrigationsanleihe trotz des Zweifels der Kuponeinlösung wenig verändert, 322 minus 3/4. 5% Goldmexikaner 417 1/4, 5% Silbermexikaner 350, 5% Tehuantepec 310. Für Kassaindustriepapiere trat eine entschiedene Wendung ein. Dieser Markt lag wesentlich ruhiger bei geteilter Haltung. Zellulose Wacker und Emallierwerke Ulrich blieben in reger Nachfrage. Privatliskont 4 1/2%.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 3. Sept. (Drahtb.) Die Kursgestaltung war anfangs nicht einheitlich, da in einzelnen Papieren Realisationslust dem Markte innewohnte. Die Festigkeit kommt stärker, besonders am Montanmarkt wieder zum Durchbruch, wodurch auch die übrigen Gebiete im gleichen Sinne beeinflusst wurden. Bei lebhaftem Geschäft stiegen Bochumer, Gelsenkirchener und Rhein Stahl erheblich. Von Auslandswerten stiegen Baltimore und Canada sprunghaft. Auf den übrigen Märkten war die Geschäftstätigkeit etwas ruhiger, sodaß für Schiffsahrts-, chemische, Elektro- und Bankaktien der Kursstand nicht erheblich verändert war, mit Ausnahme von Argo und Th. Goldschmidt, die schwächer, und Dresdener Bank und Commerzbank, die etwas höher waren. Von Metall- und Maschinenaktien waren Gebr. Böhler erneut erheblich, und Adlerwerke, sowie Augsburg-Nürnberg nach den letztstägigen Rückgängen mäßig anziehend, wogegen Deutsche Waffen nachgaben. Dynamit Nobel und Kali Westeregeln besserten ihren Kursstand erheblich. Von Kolonialwerten waren Ostasi begehrt. Petroleumwerte waren heute bei üblichen Schwankungen behauptet. Devisen waren etwas fester, und Auslandsrenten waren mit Ausnahme von Mexikaner etwas höher.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 3. Sept. (Drahtb.) Im Zusammenhang mit der Steigerung der Devisenpreise sind die Forderungen für südslawischen und ausländischen Mais im freien Produktenverkehr heute erhöht worden. Das gleiche war für Raps der Fall. Von Hülsenfrüchten waren beste Viktoriäerbsen und auch Futtermaterial bei höheren Preisen stark gesucht. Für Hülsenfrüchte aller Art erhielt sich bei festen Preisen die Nachfrage. Infolge starker Ankünfte in Stroh ist dieses am Platze schwer verkäuflich.

Wirtschaftliche Rundschau.

Eine Verordnung gegen ungerechtfertigte Stillelegungen.

Die immer zahlreicher gewordenen Fälle, in denen leistungsfähige industrielle Betriebe stillgelegt, häufig auch abgebrochen wurden, um Baumaterial und Maschinen zu den derzeitigen hohen Preisen zu verkaufen, haben wegen der hiermit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Gefahren schon vor längerer Zeit die besondere Aufmerksamkeit des Reichswirtschaftsministeriums erregt und es zunächst zu Maßnahmen gegen das unwirtschaftliche Abbrechen von Betrieben, in erster Linie der damals besonders gefährdeten Ziegeleien, veranlaßt. Durch ein Rund-

schreiben des Reichswirtschaftsministeriums sind die Regierungen der Länder darauf aufmerksam gemacht worden, daß auf reichsgesetzlichem Gebiete die Verordnung über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 und hinsichtlich der Ziegeleien die Verordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919, § 8, außerdem aber in Preußen auch die Bestimmungen des allgemeinen Landrechts durch die Versagung der Abbrucherlaubnis die Möglichkeit wirksamen Einschreitens geben. Es ist ferner allgemein angeordnet, daß die Ausfuhr gebrauchter Maschinen in Zukunft nur genehmigt werden soll, nachdem im Benehmen mit den zuständigen örtlichen Stellen, insbesondere den Gewerbeaufsichtsbeamten, festgestellt ist, daß durch die Ausfuhr wesentliche wirtschaftliche Interessen des Landes nicht beeinträchtigt werden.

Neuerdings ist im Reichswirtschaftsministerium der Entwurf einer Verordnung fertiggestellt, die ungerechtfertigte Stillelegungen und Abbrüche der Betriebe vorbeugen soll, soweit dies auf Grund der zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen angängig erscheint. Der Entwurf bewegt sich im allgemeinen, soweit dies im Verordnungswege möglich ist, in der Richtung der Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich in einer Unterkommission des sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Ausschusses in eingehendster Weise mit der Wirtschaftskrise und den zu ergreifenden Maßnahmen zur Behebung dieser beschäftigt hat. Die Veröffentlichung der Verordnung, die durch eine Ausführungsanweisung für die mit ihrer Durchführung befaßten Behörden ergänzt werden soll, steht in nächster Zeit bevor.

Es ist zu erwarten, daß hierdurch vermeidbaren Stillelegungen und Abbrüchen wirksam begegnet, aber auch dem seltenen Mißbrauch des Schlagwortes „Unternehmenssabotage“ durch Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse seitens unparteiischer und sachverständiger Stellen gesteuert wird.

Ergänzungsanmeldung von russischen, chinesischen, österreichischen, ungarischen, türkischen und deutschen Wertpapieren.

Nach Artikel 260 des Friedensvertrages kann der Wiedergutmachungsausschuß fordern, daß Deutschland alle Beteiligungen seiner Reichsangehörigen an öffentlichen Unternehmungen oder an Konzessionen in den ehemals mit Deutschland verbündeten Ländern, in Rußland, in China oder in den Gebieten, die früher Deutschland oder seinen Verbündeten an gehört haben und auf Grund des Friedensvertrages an eine andere Macht abgetreten werden müssen, erwirbt, um sie dem Wiedergutmachungsausschuß zu übertragen. Bis zum 10. Juli 1920 hatte Deutschland eine Liste aller in Betracht kommenden Rechte und Beteiligungen zu überreichen und auf die in der Liste nicht enthaltenen Rechte zu verzichten.

Zwecks Herstellung der Liste wurde durch die Bekanntmachung vom 27. März 1920 zur Meldung aufgefordert. Eine hiernach aufgestellte Liste wurde in Paris pünktlich übergeben und die angemeldeten Beteiligungen durch Bekanntmachung vom 9. Juli 1920 beschlagnahmt. Die Liste enthielt nur die Gattungen der Unternehmungen, dagegen nicht den Betrag der deutschen Beteiligungen. Der Wiedergutmachungsausschuß hat nunmehr die Angabe des Betrags der Aktien und des Umfanges der deutschen Beteiligungen verlangt, um sich zu entscheiden, bei welchen von den gemeldeten Unternehmungen er von seinem Uebernahmerecht Gebrauch machen will.

Deshalb wird durch eine im Reichsanzeiger erscheinende Bekanntmachung vom 19. August 1920 die Ergänzung der Anmeldung für die Zeit vom 1. bis 15. September angeordnet. Während die frühere Anmeldung bei den von den Landesbehörden bestimmten Stellen zu erfolgen hatte, ist nunmehr das Reichsfinanzministerium, Stelle für ausländische Wertpapiere in Berlin, Potsdamerstraße 122b, als alleinige Meldestelle bezeichnet. Zu melden ist der Betrag der Rechte oder der Umfang der Beteiligung der in der Beschlagsnahme bekanntmachung vom 9. Juli 1920 bezeichneten Unternehmungen. Letztere sind in der Anlage zur Bekanntmachung vom 19. August 1920 nochmals aufgeführt. Hinzuweisen sind noch vier Baugesellschaften, nämlich Lemberg-Czernowitz-Jassy, Wien-Pottendorf-Wiener Neustadt, Brasso-Haromazek und Kaschau-Oderberg. Die Aktien und Genussscheine dieser Bahnen sind mit dem Inkrafttreten der Bekanntmachung beschlagnahmt.

Die Muster zur Anmeldung sind bei sämtlichen Reichsbankanstalten zu erhalten.

Dividendenvorschläge.

Baumwollspinnerei in Mitweida. Der Dividendenvorschlag des abgelaufenen Geschäftsjahres beträgt 25% und 10% Bonus gegen 22% Dividende im Vorjahre.

Schönefelder Bürstenfabrik verteilt 12% Dividende gegen 12% im Vorjahre.

Stahlwerk Oeking schlägt 20% Dividende vor gegen 6% im Vorjahre.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.

4% Inhabersch. 2. 3.	100.00	100.00
4% Mannh. v. 1901/06 2. 3.	99.50	99.50
4% Mannheimer v. 1912 2. 3.	98.50	98.50
4% Deutsche Reichsanl. 2. 3.	98.00	98.00
4% do. 2. 3.	97.50	97.50
4% do. 2. 3.	97.00	97.00
4% Reichs-Schatzanzl. 2. 3.	96.50	96.50
4% do. 2. 3.	96.00	96.00
4% do. 2. 3.	95.50	95.50
4% do. 2. 3.	95.00	95.00
4% do. 2. 3.	94.50	94.50
4% do. 2. 3.	94.00	94.00
4% do. 2. 3.	93.50	93.50
4% do. 2. 3.	93.00	93.00
4% do. 2. 3.	92.50	92.50
4% do. 2. 3.	92.00	92.00
4% do. 2. 3.	91.50	91.50
4% do. 2. 3.	91.00	91.00
4% do. 2. 3.	90.50	90.50
4% do. 2. 3.	90.00	90.00
4% do. 2. 3.	89.50	89.50
4% do. 2. 3.	89.00	89.00
4% do. 2. 3.	88.50	88.50
4% do. 2. 3.	88.00	88.00
4% do. 2. 3.	87.50	87.50
4% do. 2. 3.	87.00	87.00
4% do. 2. 3.	86.50	86.50
4% do. 2. 3.	86.00	86.00
4% do. 2. 3.	85.50	85.50
4% do. 2. 3.	85.00	85.00
4% do. 2. 3.	84.50	84.50
4% do. 2. 3.	84.00	84.00
4% do. 2. 3.	83.50	83.50
4% do. 2. 3.	83.00	83.00
4% do. 2. 3.	82.50	82.50
4% do. 2. 3.	82.00	82.00
4% do. 2. 3.	81.50	81.50
4% do. 2. 3.	81.00	81.00
4% do. 2. 3.	80.50	80.50
4% do. 2. 3.	80.00	80.00
4% do. 2. 3.	79.50	79.50
4% do. 2. 3.	79.00	79.00
4% do. 2. 3.	78.50	78.50
4% do. 2. 3.	78.00	78.00
4% do. 2. 3.	77.50	77.50
4% do. 2. 3.	77.00	77.00
4% do. 2. 3.	76.50	76.50
4% do. 2. 3.	76.00	76.00
4% do. 2. 3.	75.50	75.50
4% do. 2. 3.	75.00	75.00
4% do. 2. 3.	74.50	74.50
4% do. 2. 3.	74.00	74.00
4% do. 2. 3.	73.50	73.50
4% do. 2. 3.	73.00	73.00
4% do. 2. 3.	72.50	72.50
4% do. 2. 3.	72.00	72.00
4% do. 2. 3.	71.50	71.50
4% do. 2. 3.	71.00	71.00
4% do. 2. 3.	70.50	70.50
4% do. 2. 3.	70.00	70.00
4% do. 2. 3.	69.50	69.50
4% do. 2. 3.	69.00	69.00
4% do. 2. 3.	68.50	68.50
4% do. 2. 3.	68.00	68.00
4% do. 2. 3.	67.50	67.50
4% do. 2. 3.	67.00	67.00
4% do. 2. 3.	66.50	66.50
4% do. 2. 3.	66.00	66.00
4% do. 2. 3.	65.50	65.50
4% do. 2. 3.	65.00	65.00
4% do. 2. 3.	64.50	64.50
4% do. 2. 3.	64.00	64.00
4% do. 2. 3.	63.50	63.50
4% do. 2. 3.	63.00	63.00
4% do. 2. 3.	62.50	62.50
4% do. 2. 3.	62.00	62.00
4% do. 2. 3.	61.50	61.50
4% do. 2. 3.	61.00	61.00
4% do. 2. 3.	60.50	60.50
4% do. 2. 3.	60.00	60.00
4% do. 2. 3.	59.50	59.50
4% do. 2. 3.	59.00	59.00
4% do. 2. 3.	58.50	58.50
4% do. 2. 3.	58.00	58.00
4% do. 2. 3.	57.50	57.50
4% do. 2. 3.	57.00	57.00
4% do. 2. 3.	56.50	56.50
4% do. 2. 3.	56.00	56.00
4% do. 2. 3.	55.50	55.50
4% do. 2. 3.	55.00	55.00
4% do. 2. 3.	54.50	54.50
4% do. 2. 3.	54.00	54.00
4% do. 2. 3.	53.50	53.50
4% do. 2. 3.	53.00	53.00
4% do. 2. 3.	52.50	52.50
4% do. 2. 3.	52.00	52.00
4% do. 2. 3.	51.50	51.50
4% do. 2. 3.	51.00	51.00
4% do. 2. 3.	50.50	50.50
4% do. 2. 3.	50.00	50.00
4% do. 2. 3.	49.50	49.50
4% do. 2. 3.	49.00	49.00
4% do. 2. 3.	48.50	48.50
4% do. 2. 3.	48.00	48.00
4% do. 2. 3.	47.50	47.50
4% do. 2. 3.	47.00	47.00
4% do. 2. 3.	46.50	46.50
4% do. 2. 3.	46.00	46.00
4% do. 2. 3.	45.50	45.50
4% do. 2. 3.	45.00	45.00
4% do. 2. 3.	44.50	44.50
4% do. 2. 3.	44.00	44.00
4% do. 2. 3.	43.50	43.50
4% do. 2. 3.	43.00	43.00
4% do. 2. 3.	42.50	42.50
4% do. 2. 3.	42.00	42.00
4% do. 2. 3.	41.50	41.50
4% do. 2. 3.	41.00	41.00
4% do. 2. 3.	40.50	40.50
4% do. 2. 3.	40.00	40.00
4% do. 2. 3.	39.50	39.50
4% do. 2. 3.	39.00	39.00
4% do. 2. 3.	38.50	38.50
4% do. 2. 3.	38.00	38.00
4% do. 2. 3.	37.50	37.50
4% do. 2. 3.	37.00	37.00
4% do. 2. 3.	36.50	36.50
4% do. 2. 3.	36.00	36.00
4% do. 2. 3.	35.50	35.50
4% do. 2. 3.	35.00	35.00
4% do. 2. 3.	34.50	34.50
4% do. 2. 3.	34.00	34.00
4% do. 2. 3.	33.50	33.50
4% do. 2. 3.	33.00	33.00
4% do. 2. 3.	32.50	32.50
4% do. 2. 3.	32.00	32.00
4% do. 2. 3.	31.50	31.50
4% do. 2. 3.	31.00	31.00
4% do. 2. 3.	30.50	30.50
4% do. 2. 3.	30.00	30.00
4% do. 2. 3.	29.50	29.50
4% do. 2. 3.	29.00	29.00
4% do. 2. 3.	28.50	28.50
4% do. 2. 3.	28.00	28.00
4% do. 2. 3.	27.50	27.50
4% do. 2. 3.	27.00	27.00
4% do. 2. 3.	26.50	26.50
4% do. 2. 3.	26.00	26.00
4% do. 2. 3.	25.50	25.50
4% do. 2. 3.	25.00	25.00
4% do. 2. 3.	24.50	24.50
4% do. 2. 3.	24.00	24.00
4% do. 2. 3.	23.50	23.50
4% do. 2. 3.	23.00	23.00
4% do. 2. 3.	22.50	22.50
4% do. 2. 3.	22.00	22.00
4% do. 2. 3.	21.50	21.50
4% do. 2. 3.	21.00	21.00
4% do. 2. 3.	20.50	20.50
4% do. 2. 3.	20.00	20.00
4% do. 2. 3.	19.50	19.50
4% do. 2. 3.	19.00	19.00
4% do. 2. 3.	18.50	18.50
4% do. 2. 3.	18.00	18.00
4% do. 2. 3.	17.50	17.50
4% do. 2. 3.	17.00	17.00
4% do. 2. 3.	16.50	16.50
4% do. 2. 3.	16.00	16.00
4% do. 2. 3.	15.50	15.50
4% do. 2. 3.	15.00	15.00
4% do. 2. 3.	14.50	14.50
4% do. 2. 3.	14.00	14.00
4% do. 2. 3.	13.50	13.50
4% do. 2. 3.	13.00	13.00
4% do. 2. 3.	12.50	12.50
4% do. 2. 3.	12.00	12.00
4% do. 2. 3.	11.50	11.50
4% do. 2. 3.	11.00	11.00
4% do. 2. 3.	10.50	10.50
4% do. 2. 3.	10.00	10.00
4% do. 2. 3.	9.50	9.50
4% do. 2. 3.	9.00	9.00
4% do. 2. 3.	8.50	8.50
4% do. 2. 3.	8.00	8.00
4% do. 2. 3.	7.50	7.50
4% do. 2. 3.	7.00	7.00
4% do. 2. 3.	6.50	6.50
4% do. 2. 3.	6.00	6.00
4% do. 2. 3.	5.50	5.50
4% do. 2. 3.	5.00	5.00
4% do. 2. 3.		

Uff, ihr Landsleit!

Die Reib-Schlüß hamme facht alles uns gumme, Doch mit unsem Blome, daß's besser muß kumme...

Was eht, woht un gut is, des miße mir schäde, Schait die Hund uff die anner parietoll zu behe...

Rechbeit weid der Schlotz uns bei unfre Bedränger, Daß sie nit voll Hochmut uns schobde noch länger...

Drum d' hand an de Pflug un nit rückwärts mehr schauel

Nit mihndig massewell' weider jeht wannel! Mir mache dahem manches besser als anner...

Dann lernt unser Jugend vereint widder lerne, Dann lernt d' Lieb zur Homet ihr einiges schrewe...

Die Badderlandslieb soll umfische die Fahnel August Giller.

Mannheimer Künstlertheater Apollo

Wir Kommissarien hat im Apollotheater wieder das Beste seinen Einzug gehalten. Der vorzählige Besuch der Vorstellungen liefert den Beweis...

Mannheimer Strafkammer

8. Ferienkammer II. Sitzung vom 31. August. Vorsitzender: Landgerichtsrat Wittmann. Ein Taschendieb...

Alex und Max, zwei flotte Jungen modernster Artung, haben sich als schlaue Jungen zu veransehen. In einem Spiel...

Da hast du denn deine Mäntel! Mit diesen Worten wart am 1. Juni d. J. der 50 Jahre alte Tagelöhner Anton Schult...

Die Senkung der Preise

B. Konstan, 1. Sept. Während der letzten Zeit fanden wiederholt Besprechungen und Versammlungen der landwirtschaftlichen Produzenten...

Sportliche Rundschau

Pferdesport

Ein umfangreicher Rennungsplan für die nächsten Verbleibenden war jetzt zu verzeichnen. Von größtem Ereignissen erzielte das mit 60...

Fußball

eh. Volkshaus, 2. Sept. Der Fußballklub Jutenhausen spielte gegen die 1. Mannschaften hier und zwar mit 4:5 die 1. Mannsch.

Turnen

en. Spielplatz, 2. Sept. Am 3. Oktober wird hier ein Geräteturnerturnen stattfinden, verbunden mit der Verehrung von Preisen.

Wetternachrichtendienst

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen vom Freitag, den 3. September 1920, 6 Uhr morgens (MEZ.)

Table with columns: Ort, Luftdruck in MN, Temp. C, Wind, Regen, Nebel, Sichtweite in km.

Table with columns: Ort, Luftdruck in MN, Temp. C, Wind, Regen, Nebel, Sichtweite in km.

Allgemeine Witterungsaussichten

Die europäische Wetterlage ist anhaltend einer durchgehenden Besserung des Wetters ungünstig. Zwar liegt hoher Druck jetzt über...

Todes-Anzeige. Gestern nachmittag verschied sanft nach langem, schweren Leiden unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter u. Großmutter Frau G. Weber Wwe.

Todes-Anzeige. Heute abend entschlief plötzlich infolge eines Schlaganfalls mein langjährigster Mann, unser treuester Vater, Schwager und Onkel Herr Moritz Rosenfeld

Kaufmann sucht die Fertigung und Lagerhaltung einer leistungsfähigen Zigarettenfabrik für Berlin zu übernehmen. Kaufmann Freigabe der Fettwirtschaft

Phorosan-Heilinstitut für Haut- u. Geschlechtskrankheiten Unterleibs-(Frauen)-leiden Mannheim (Linden-Rheindamm) Nr. 28

Parkettböden jegl. Art, sowie Herrichten alter Böden, Abholzen, Spänen. Johannes Röth Fernsprecher 7157. Hebelstr. 19.

Jeder Dame empfehle mein neuzeitliches, mit technischem Apparat ausgestattetes Spezialhaus für Schönheitspflege

Pfalz-Platz an der Lagerhausstr. Ludwigshafen a. Rh. Sonntag, den 3. September 1920 Sportplatz-Einweihung Liga-Spiel 1903 - Pfalz

Durch vorteilhaften Einkauf (mit mir in der Lage 6754 unrationellertes, trockenes Brennholz

MARCHIVUM

